

einer blutigen Schreckensherrschaft stehen, gegen welche die Zeit des Konvents der Jakobiner in Frankreich eine Art ungeschuldiger Freilichtung ist.

Und auch die Spanier und Italiener möchten wir fragen, wie sie sich in ihrer Haut fühlen, seitdem Mussolini und Primo de Rivera ein bishieriges Ordnungsgesetz haben und von der sogenannten „Vollsozialverantw." nichts wissen wollen, sondern das „Sum cuique" — d. h. „Jedem das Seine!" — auf ihr Programm gesetzt haben. Der Spanier Primo de Rivera hat erst kürzlich seinen im Ausland lebenden Landsleuten den Vorschlag gemacht, sie sollten an ihre in der alten Heimat lebenden Angehörigen und Freunde schreiben und sie fragen, ob es ihnen gut oder schlecht ginge. Außer den bereits erwähnten „Unabkömmlichen" und berufsmäßigen Beamten, die es auch in Spanien gibt, hat alle Welt bestätigt, daß es ihnen sehr gut ginge und sie „Jedem das Seine" also den alten preußischen Wahlspruch „Sum cuique!" jeder sogenannten Vollsozialverantw. vorzögen. Ordnung sei Freiheit des Volkes und des Einzelnen, Ordnung sei jeder „Sozialverantw." unbedingt vorzuziehen.

Man kann sich leicht vorstellen, mit welcher „Anteilnahme" diese Auslandsdeutschen in Mexiko die gegenwärtigen Kämpfe des republikanischen Staates gegen die Rebellen verfolgen, in dem sie unbehindert ihre Geschäfte betreiben dürfen.

In den Auseinandersetzungen über die deutsche Reichs- und Handelsflagge waren die Auslandsdeutschen mit die lautesten Schreier. Deutschlands Handel sollte angeblich darunter leiden, wenn seine Waren nicht unter der alten Reichsflagge über die Meere geführt würden. Ganz begeistert bringt das Nachrichtenblatt eine Mitteilung aus Chile folgenden Wortlauts:

„Wie man bei den Chile-Deutschen über die Flagge denkt. Man schreibt uns aus Chile unter dem 27. Juli 1928 (D. Chl. Bund): „Sicher wird es Sie interessieren und zur Beleuchtung der Situation beitragen, wenn wir Ihnen mitteilen, daß hier außer den Behörden nur Schwarz-Weiß-Rot gezogen wird. Wenn irgend ein Privatmann es wagen würde, Schwarz-Rot-Gold zu schlagen, würde er sofort der Achtung der gesamten deutschen Kolonie anheimfallen."

Bravo, Landsleute in Chile! Wir glauben, die deutschen Frauen in Chile sehen zu ihren Männern auf und brauchen nicht, wie die in der Heimat, die ... Hosen anzuziehen!"

Daß das reaktionäre „WtW"-Blatt, der Berliner Kladderadatsch, von diesen Auslandsdeutschen entzückt ist, verstoßt sich am Rande. Es gibt eine Notiz der Deutschen Zeitung wider, die dem Verbands der Deutschen Reichsangehörigen in Apartado (Mexiko) den Dank ausspricht für die „vorbildliche Art, in der er für die deutschen Belange arbeitet und kämpft". Der Kladderadatsch hat die Stadt Apartado zu seinem Kummer auf der Landkarte vergeblich gesucht. Kein Wunder! Apartado heißt auf Deutsch: Postschiffschiff. Eine kleine Blamage.

Kostenlos gibt der Verband folgende Blätter ab: Tag, Bergisch-Märkische Zeitung, München-Mugsburger Abendzeitung, Deutsche Zeitung, Brücke zur Heimat, Eiserner Blätter.

Festgehalten seien zum Schluß von den Namen des „Erweiterten Rates" des Verbandes die des 1. Vorsitzenden, Sanitätsrat Dr. G. Vagenknecht, des Konsuls R. Eversbusch und des Konsuls C. Voigt. Billigt es der Herr Reichsaussenminister Stresemann, daß sich deutsche Reichskonsuln im Auslande beteiligen an der Hege gegen die deutsche Republik, ihre Fahne und ihre Regierung, in deren Aufrage sie amtlich tätig sind?

Kampf bis aufs Messer

(Von unserem Prager Berichterstatter.)

J. B. Der Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der KPC nimmt jeden Tag an Schärfe zu. Jeden Tag bringt die kommunistische Presse Berichte von neuen Ausschüssen. Vor einigen Tagen wandten sich sieben kommunistische Schriftsteller und Dichter, darunter einige Redakteure der Zeitungskritiker der Partei in einem Aufruf an die kommunistische Parteipublikation, in welchem sie gegen das gegenwärtige Parteiregime Stellung nahmen und eine Politik der proletarischen Einigkeit forderten. Die Antwort blieb nicht aus: schon am nächsten Tage wurden fünf von ihnen aus der Partei ausgeschlossen, die zwei anderen werden demnächst folgen.

Das Politbureau wollte sich wenigstens die Unterstützung aller gewählten Abgeordneten und Senatoren der Partei sichern und berief zu diesem Zweck eine gemeinsame Fraktionsung ein, welche zwei Tage dauern sollte. Es zeigte sich jedoch alsbald, daß die Mehrheit der parlamentarischen Vertreter der Partei gegen die Parteileitung waren. Allen Anstrengungen des Politbureau zum Trotz wurde mit 20 gegen 19 Stimmen eine Resolution angenommen, welche die gegenwärtige Politik verurteilt und binnen drei Monaten die Einberufung des Parteitag verlangt, um in der Partei Ordnung zu schaffen. 17 Abgeordnete hatten es vorzogen, an den Beratungen überhaupt nicht teilzunehmen, so daß die wahrscheinlich der Opposition zuzurechnen sind. Die 26 oppositionellen Abgeordneten hielten eine ganztägige Beratung ab und beschloßen, zu ihrem Organ das Kreisblatt, das in Kladno erscheint, zu bestimmen. Von dort aus soll die oppositionelle Bewegung mit neuer Kraft erstehen, nachdem sie bereits in Brünn ein sehr starkes Zentrum hat. Es ist bezeichnend, daß gerade Kladno, eines der Zentren der tschechoslowakischen Kohlen- und Eisenindustrie, Prager Eisen-Höhlentherapie und das tschechoslowakische „Kronstadt", wie man es nannte, sich nunmehr von der offiziellen Parteileitung losagt.

Der Kampf um den kommunistischen Gewerkschaftsverband geht mit unverminderter Heftigkeit weiter. Die Rote Gewerkschaftsinternationale hatte eine Beratung nach Berlin einberufen, um die Gegenstände zu überbrücken. Sie verlangte, daß man die alte, vom Politbureau eingeleitete Leitung anerkenne und in der ersten Aprilhälfte den Gewerkschaftskongress einberufe. Das wurde von der jetzigen Leitung abgelehnt, die im Gegenteil ihre formale Anerkennung und Wiedereinsetzung aller Beschlüsse und der Ausschüsse verlangte. Eine Einigung war nicht zu erzielen und die Teilnehmer der Konferenz gingen unversöhnt auseinander, ohne daß sie sich auf nur die Hand gegeben hätten. Während nun das Politbureau den Gewerkschaftskongress einberuft, haben die Führer des Gewerkschaftsverbandes den Behörden mitgeteilt, daß sie keinen Kongress abhalten. Die Parteileitung wird wahrscheinlich den Versuch unternehmen, eine eigene Gewerkschaftsbewegung zu gründen, doch wird ihr hier wenig Erfolg beschieden sein. Es zeigt sich immer mehr, daß die kommunistische Bewegung der Tschechoslowakei der Auflösung verfällt und in Liquidation begriffen ist.

Die Steuerrückstände

SPD Eine Uebersicht über den Stand der Erhebung und Beitreibung der Besitz- und Verkehrssteuern am 1. Januar 1929 liegt gegenwärtig dem Reichstage vor. Das Steueraufkommen in den Monaten Oktober bis Dezember 1928 betrug danach 1 191 174 000 Mark gegenüber 1 191 480 000 Mark im vorhergehenden Vierteljahr. Die Zahl der Rückstände betrug 1 782 103 in Höhe von 477 630 000 Mark, wovon mehr als 293 Millionen gestundet waren. Bei den Zinsen und Verzugsabgaben betrug das Aufkommen in den Monaten Oktober bis Dezember 1928 insgesamt 708 773 500 Mark. An Rückständen waren 7736 in Höhe von 112 202 210 Mark vorhanden, wovon 35 181 381 Mark gestundet waren.

Die sächsischen Eisenbahner im Kampf

Sorglosigkeit der Reichsbahndirektion Dresden

Von der Bezirksleitung Sachsen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands wird uns geschrieben:

Nicht nur die gesamte sächsische Presse von Bedeutung, sondern auch fast ausnahmslos die Berliner Großpresse hat es für notwendig erachtet, zu dem Kampfbefehl der sächsischen Eisenbahner Stellung zu nehmen. Angesichts der Tatsache, daß jede Erschlüchterung des Eisenbahnbetriebes, besonders des Güterverkehrs, von außerordentlich weittragender Bedeutung für die gesamte Wirtschaft ist, ist dies auch nicht verwunderlich. Der Eisenbahnbetrieb ist nun einmal ein für die gesamte Bevölkerung lebensnotwendiger Betrieb allerersten Ranges.

Die Eisenbahner sind sich deshalb auch der großen Verantwortung, die sie gegenüber der Gesamtbevölkerung und der Wirtschaft zu tragen haben, voll und ganz bewußt. Sie werden niemals ihre Hand dazu bieten, einen ungerechtfertigten Arbeitstempel leichtfertigerweise vom Zaune zu brechen. Dazu sind sie, wie die Kämpfe der Vergangenheit in Sachsen bewiesen haben, gewerkschaftlich viel zu diszipliniert. Die Öffentlichkeit ist auch, wie insbesondere die Haltung der sächsischen Presse — abgesehen von der berühmten Schamacherpresse — zeigt, von dem großen Verantwortungsbewußtsein der sächsischen Eisenbahner überzeugt.

Es ist aber geradezu ein Skandal, wenn der Berliner Börsen-Courier in seiner Nr. 148 unter dem Stichwort „Politische Lohnforderungen" zum Ausdruck bringt, daß die Funktionärskonferenz der sächsischen Eisenbahner vom 27. März eine Entschliebung gefaßt hat, die an Schroffheit nichts zu wünschen übrig läßt, und sie sich im übrigen nicht den Kopf um die Aufbringung solcher Millionen für die Lohnforderung zerbrechen. Dann wird mit der Behauptung, daß die Eisenbahner durch die Lohnforderungen indirekt eine neue Tarifierhöhung beschwören und so einen Schlag gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft führen, in recht unbeholfener Weise der Versuch unternommen, die Eisenbahner gegen die Industriearbeiterschaft auszuspielen.

Die Arbeiterschaft der Privatindustrie ist aber sehr genau darüber unterrichtet, daß die ihnen gegenüberstehenden Arbeitgeberverbände sich bei ihren Lohnverhandlungen immer und immer wieder auf die geringen Löhne der Arbeiter in dem größten deutschen Unternehmen, der Reichsbahn, berufen — besonders geschieht dies in der Metallindustrie —, und deshalb wird der schamacherische Börsen-Courier kein Glück mit seinen plumpen Auspielungen haben. Zu der Behauptung des Börsen-Couriers, daß die sächsischen Eisenbahner sich nicht den Kopf über die Aufbringung der Mittel für die Lohnforderungen zerbrechen, sei gesagt, daß in unserem Konferenzbericht, der dem Blatt doch vorgelegen hat, ausdrücklich zum Ausdruck kommt, daß die Konferenz sich vornehmlich mit der Deckungsfrage beschäftigt und darauf aufmerksam gemacht hat, daß durch Einsparung der einmütig vom Reichsbahnpersonal abgelehnten Leistungsauflagen usw. allein schon die geringe Lohnforderung von 6 Pfennig zur

Hälfte gedeckt wird, und die andere Hälfte — 40 Millionen Mark im Jahr — kann bei dem über 5 Milliarden betragenden Reichsbahnetat absolut noch nicht eine Tarifierhöhung auslösen. Eine so verantwortungslose Stellungnahme, wie sie sich der Berliner Börsen-Courier leistet, zeigt nur den Eisenbahnern, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden.

Nun noch ein ernstes Wort zu der bald zu einer wenn auch sehr traurigen Berühmtheit gelangenden Sorglosigkeit der Reichsbahndirektion Dresden.

Aus den Berichten des Dresdener Anzeigers und der Dresdener Neuesten Nachrichten vom 28. und 29. März ist zu entnehmen, daß sich diese Redaktionen vor Veröffentlichung unseres Konferenzberichts an die Reichsbahndirektion Dresden gewandt haben.

Den Dresdener Neuesten Nachrichten ist hiernach amtlich erklärt worden, daß die Reichsbahndirektion Dresden auf dem Standpunkt steht, daß die Tarifangelegenheit zentral von Berlin aus zu regeln sei. Sie könne daher über Forderungen der sächsischen Eisenbahner in keiner Weise entscheiden.

Richtig, die Lohnabschlüsse können nur zwischen den Tarifparteien in Berlin erfolgen, aber wir erinnern uns noch sehr genau daran, daß der verstorbene Präsident Dr. Rettig wiederholt von sich aus Veranlassung genommen hat, die Reichsbahnhauptverwaltung Berlin ernstlich darauf aufmerksam zu machen, daß die besonderen industriellen Verhältnisse in Sachsen es rechtfertigen, wenn die Reichsbahndirektion Dresden aus dem Lohngebiet 2 herausgenommen und dem Lohngebiet 3 zugeteilt wird. Es kann wirklich nicht bestritten werden, daß die sächsischen Verhältnisse den Verhältnissen in den westlichen Reichsbahnbezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, die dem Lohngebiet 3 zugeteilt sind, wenn auch nicht reiflos, so doch fast gleichkommen. Auf die Dauer ist es eben völlig untragbar, daß in Sachsen noch Eisenbahnerwohnenlöhne von sage und schreibe 22 Mark gezahlt werden. Man soll sich dann nicht darüber wundern, daß gerade im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden immer wieder das Personal sehr stark erregt und entschlossen ist, solche unhaltbaren Zustände letzten Endes durch schwere wirtschaftliche Arbeitskämpfe zu beseitigen. Wer will die sächsischen Eisenbahner daran hindern, durch Kampf sich aus dieser großen wirtschaftlichen Notlage zu befreien? Die Organisation wird angesichts solcher Zustände jedenfalls zu jeder Zeit von Anfang an mit ihnen den Kampf aufnehmen und durchzuführen. Das ist einfach ihre Pflicht. Pflichtig schreibt die Reichsbahn wieder nach dem Schlichtungswesen, das doch kürzlich von den Unternehmern so scharf angegriffen wurde. Insofern können wir es also nicht verstehen, wenn die Reichsbahndirektion Dresden erklärt, daß sie in keiner Weise in der Lage ist, über die Forderungen der sächsischen Eisenbahner zu entscheiden. Präsident Dr. Rettig hat vollkommen von sich aus Berlin auf die unhaltbaren Verhältnisse aufmerksam gemacht, und trotzdem war dies absolut keine einseitige Stellungnahme zugunsten der sächsischen Eisenbahner, sondern ein Ausfluß von wirklicher Objektivität und von Verantwortungsbewußtsein gegenüber der breiten Öffentlichkeit.

Wir fragen: Was hat die Reichsbahndirektion Dresden in dieser Beziehung anlässlich der Lohnbewegung getan?

Entscheidungsschlacht in Mexiko?

SPD Mexiko, 2. April.

In der Nähe des Hauptquartiers der Rebellenarmee bei Jimenez im Chihuahua-Staat stehen die Regierungstruppen in der Nacht zum Montag auf die Hauptkretzkräfte der Rebellen. Die Entscheidungsschlacht begann. Im Auftrage von Calles wurde gegen die Befestigungen der Rebellen schweres Artilleriefeuer geschickt. Gleichzeitig ließ er die feindlichen Stellungen durch Flugzeuge der Regierung mit Bomben bewerfen. Die Bundesstruppen rücken kühn vor.

In den Straßen von Jimenez sollen bereits schwere Kämpfe stattfinden.

Einer Mitteilung des Kriegsministers Calles ist zu entnehmen, daß die rebellierenden Generale mehrere Flugzeuge zur Flucht bereitgestellt haben. Der von ihnen angeordnete Rückzug auf Tacuz ist durch die Bundesstruppen abgeschnitten worden.

Eine spätere Meldung, die am 22. Uhr in Mexiko an uns angehen wurde, besagt, daß die Kämpfe bei Jimenez bisher unentschieden verlaufen sind und die Bundesstruppen nur langsam Fortschritte machen. In den späten Abendstunden hat die Kampftätigkeit nachgelassen.

Rückzug der Rebellen

SPD Mexiko-City, 2. April.

Der Rebellengeneral Escobar, der ursprünglich bei Kellana im Chihuahua-Staat einen entscheidenden Kampf mit den ihn verfolgenden Bundesstruppen plante, zieht sich immer mehr nach Norden zurück. Kellana ist inzwischen von ihm geräumt worden. Die Bundeskavallerie des Generals Lopez erreichte hinter Kellana die Vorhut der Rebellen. Es entstand ein hartnäckiger Kampf, in dessen Verlauf vier Regimenter der rebellierenden Generale aufgegeben wurden.

In Sinaloa ist die militärische Lage unverändert. Die aufständischen Truppen ziehen sich zurück.

Deutsch-polnische Verhandlungen in Genf

LU Paris, 2. April.

Nach einer Genfer Meldung des „Journal des Debats" sind bei dem japanischen Botschafter in Paris, Adachi, in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Völkerbundrates für Minderheitenfragen, Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über gewisse Auslegungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien im Gange. Die Verhandlungen, die durch die Osterfeiertage unterbrochen wurden, würden in der kommenden Woche fortgesetzt.

Kampf gegen Adelsitel in Polen

DE In Polen ist der Adel durch die Verfassung abgeschafft worden. In amtlichen Dokumenten ist daher die Aufhebung von Adelsititeln verboten. Es kommen jedoch noch des öfteren Fälle vor, wo Interessenten aus Grund besonderer Gesuche ihr Adelsprädikat in den Auslandspaß eingetragen erhalten. Das polnische Innenministerium hat nunmehr nochmals in einem Rundschreiben auf das Titelverbot hingewiesen und strenge Bestrafung bei Verletzung dieser Bestimmung angedroht.

Witz aus der Haft entlassen

Der Führer des Deutschen Volksbundes Witz ist gegen eine Kaution von 70 000 Pfund aus der Haft entlassen worden. Witz hat bisher sechs Wochen in Haft gesessen.

Parlamentsferien in Frankreich

SPD Paris, 30. März.

Das französische Parlament ist am Sonnabend auf 2 Monate in Ferien gegangen. Die lange Pause wurde gewährt, um den Parlamentariern genügend Gelegenheit zur Teilnahme an den Kommunalwahlen zu geben. Ihr Ergebnis dürfte für den weiteren Verlauf der inneren Politik von Bedeutung sein.

Vor der Vertagung wurde der vom Senat an die Kammer zurückverwiesene Nachttagsetat mit 475 gegen 110 Stimmen angenommen. Außerdem wurde für die bevorstehende Hundertjahrfeier Algeriens ein Kredit von nicht weniger als 20 Millionen Franken bewilligt.

Ausweisung eines Russen aus Frankreich

Der Pariser Polizei war seit einigen Tagen ein Mann namens Jakoblew aufgefallen, ein ehemaliger russischer Kosakenoffizier, der, wie sich herausstellte, hat, feinergeit die Ermordung des sowjetrussischen Gesandten Wolow in Warschau vorbereitet hat. Nach dem Mord ist er nach Frankreich gekommen. Man hat seine Wohnung durchsucht und große Geldbeträge sowie verschiedene Briefe gefunden. Einige dieser Briefe sind unterzeichnet von einem gewissen Kern. Man glaubt in Paris, daß dieser Kern mit Orlov identisch ist. Jakoblew wurde verhaftet und nun aus Frankreich ausgewiesen.

Botschafter Herrick gestorben

SPD Paris, 2. April.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Herrick, ist im Alter von 74 Jahren nach einer kurzen Krankheit an Herzschwäche gestorben. Als Nachfolger wird der amerikanische Gesandte in Brüssel und Vertreter der Vereinigten Staaten auf der Abrüstungskonferenz, Gibson, genannt.

Vor dem Eingreifen Englands in Afghanistan?

LU London, 1. April.

Zwischen den beiden an der indisch-afghanischen Grenze ansammelnden Stämmen Sunni und Schiach ist es in der Gegend von Kurram zu schweren Auseinandersetzungen gekommen. Die Schiach versuchen, das ihnen von den Sunni im Jahre 1917 abgenommene Gebiet wieder zurückzubekommen. Man fürchtet, daß die Sunni, die erheblich stärker sind als die Schiach und die Unterstützung des einflussreichen Stammes der Arizib besitzen, eine Gegenbewegung einleiten und wie im Jahre 1917 die Kämpfe auf britisches Gebiet hinaustragen werden. In diesem Falle werde ein Eingreifen Englands als unvermeidlich angesehen. Englische Flugzeuge und Truppen werden in Bereitschaft gehalten. Die Ereignisse werden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Amanullah

WIS London, 1. April.

Wie Daily Express aus Kalkutta meldet, befindet sich Amanullah mit 80 000 Mann, die mit russischen Gewehren und russischer Munition ausgerüstet seien im Vormarsch auf Kabul. Habibullah bereite sich, obwohl seine Streitkräfte sich ständig vermindern, auf eine Verteidigung der Hauptstadt vor.

Nach einer Meldung des gleichen Blattes aus Karatschi werden in Indien militärische Vorkehrungen getroffen. Aller Urlaub ist gesperrt und die in der Nähe der Grenze befindlichen Truppen werden in Bereitschaft gehalten.